



Aktionsausschuss 100% S-Bahn

Gegen Ausschreibung und Zerschlagung der S-Bahn – Für den Erhalt unserer Arbeitsplätze!

10 Thesen gegen die Ausschreibung

Für den Erhalt all unserer Arbeitsplätze und für den Erhalt von 100% S-Bahn!

1] Die Ursachen für zahlreiche Unfälle bei der S-Bahn, wie z.B. Personenunfälle bei ZAT, sowie für die Überlastungen von uns S-BahnerInnen und für technisch mangelhafte S-Bahn Züge, sowie für den massiven Arbeitsplatzabbau im Betrieb, in den Werkstätten und beim Service der S-Bahn, ist allein der Politik der bisherigen Bundes- und Länderregierungen und deren skrupellose Umsetzung durch das Management der Deutschen Bahn AG zuzuschreiben.

2] Die Ausschreibung der Verkehrsleistungen bei der Berliner S-Bahn hat die organisatorische, betriebliche und personelle Zerschlagung des Gesamtsystems S-Bahn zur Folge. Ein sicherer, funktionierender und zuverlässiger Betrieb bei der komplex strukturierten S-Bahn in Berlin und Brandenburg ist unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet. Das können wir schon heute, mit der innerbetrieblichen Trennung von Werkstätten, Betrieb, Service und Netz, anhand der Ausgliederung von Arbeitsabläufen durch das Management und der daraus resultierenden fatalen Folgen für uns Beschäftigte und für den S-Bahn Betrieb erkennen.

3] Die Fahrzeugwartung wollen sich zukünftig Siemens und Stadler, zusammen mit der DB Regio AG, als zusätzliche Einnahmequelle sichern, womit dieser Bereich aus dem Gesamtsystem der S-Bahn fallen würde. Eine Kontrolle und die Fragen der Zuständigkeit für notwendige Reparaturen, Veränderungen und Verbesserungen an den Zügen stellt sich, ähnlich wie bereits jetzt unter den einzelnen Konzernbereichen der DB AG, dann nur noch über den Preis. Den Preis den wir Beschäftigte mit unseren Arbeitsplätzen, mit Lohnverzicht und noch schlechteren Arbeitsbedingungen zahlen sollen.

[Wer uns Beschäftigte, unsere Arbeitsplätze und unsere Interessen infrage stellt, den werden auch wir infrage stellen!]

4] Der Fahrkartenverkauf und damit verbundene Service soll nach Vorgabe durch den Berliner Senat ebenfalls ausgeschrieben und privatisiert werden. Was mit uns Beschäftigten dabei passiert ist dem Senat offensichtlich völlig egal. Den zukünftigen Betreibern der S-Bahn stört das ebenso wenig. Sie fahren auch leere Züge ohne Fahrgäste durch die Stadt, wenn diese Züge überhaupt noch Türen haben. Denn die pauschalen Fahrgeldeinnahmen sind den Betreibern sicher, ob Fahrgäste in den Zügen sitzen, stehen, liegen oder nicht.

5] Mit einer bisher nicht existierenden Übergangsregelung, mit den bisherigen S-Bahn Zügen, soll die Bereitstellung von neuen S-Bahn Züge ab 2017 überbrückt werden. Dass dafür teure Bauartveränderungen bei den derzeitig eingesetzten Zügen erfolgen und zugelassen werden müssen, übersieht der Senat von Berlin. Ihm ist es egal wie teuer die bisher nicht existierende Übergangsregelung auch wird und ob sie denn überhaupt technisch und organisatorisch möglich ist.

6] Die allein politisch gewollte organisatorische und betriebliche Trennung von Netz und Betrieb, bei einer erfolgten Ausschreibung und Vergabe von Verkehrsleistungen an private Unternehmen, hat zur Folge, dass die eng verflochtenen und über Jahrzehnte funktionierende Zusammenarbeit innerhalb der S-Bahn zerschlagen wird. Ein reibungsloser und funktionierender Betrieb des komplexen S-Bahn Betriebes ist damit nicht mehr gewährleistet. Unterschiedliche Zuständigkeiten der Bereiche erzeugen schon heute Zugausfälle und zusätzliche Störungen im S-Bahn Betrieb. Zudem ist damit die Zukunft für uns Beschäftigten auf den Stellwerken und auf den Bahnhöfen völlig ungewiss.

7] Ob Wachschatz, Reinigung oder Teile der Fahrzeuginstandhaltung, sie wurden bereits vom S-Bahn Management aus der S-Bahn ausgegliedert und weitere Bereiche sollen sogar folgen. Mit mehreren Betreiber bei der S-Bahn werden auch nicht mehr alle Züge den derzeitigen KollegInnen des Wachschatzes, der Reinigung, dem Fahrbetrieb und den Werkstätten als Arbeitsplatz dienen. Auch Sachbearbeiter, Meister und Teamleiter braucht es dann nicht mehr in heutiger Anzahl. Ein weiterer massiver Personalabbau wird so bei der S-Bahn die Folge sein.

8] Die Gewerkschaften werden mit der Zerschlagung der S-Bahn einen Mitgliederschwund erleiden. Wer seine Mitglieder nicht vor Lohndumping, Arbeitsplatzverlust und Sozialabbau schützt, wird zukünftig auf sie verzichten. Ausgegliederte Unternehmensbereiche unterstehen bereits jetzt der Verdi oder IG Metall. Diese Spaltung von uns Beschäftigten in einem Betrieb nutzt niemanden, außer dem Unternehmensmanagement das uns Beschäftigte so noch besser gegeneinander aufhetzen kann.

9] Welcher Steuerzahler hat die Politik damit beauftragt die S-Bahn auszuschreiben, zu zerschlagen und zu privatisieren? Welcher Beschäftigter hat den S-Bahn Betriebsrat aufgefordert die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn stillschweigend zu begleiten? Welches Mitglied hat seine Gewerkschaftsfunktionäre aufgefordert, die Theorie von einem fairen Wettbewerb bzw. deren Begleitung zu fordern bzw. umzusetzen? Und doch tun sie es ohne jeden Auftrag von uns. So agieren sie wohl im Auftrag der Politik und Firmen?

10] Unsere S-Bahn Fahrgäste sprechen sich mit 30'000 Unterschriften gegen die Privatisierung der S-Bahn aus. Wir S-Bahn Beschäftigten sprechen uns mit unseren 1000 Unterschriften für die Herbeiführung einer Gesamtbetriebsversammlung während unserer Arbeitszeit aus. Wir Gewerkschaftsmitglieder sprechen uns mit unseren Unterschriften und zahlreichen Beschlüssen für einen aktiven Widerstand mit allen unseren Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Mitteln, gegen die Ausschreibung, Zerschlagung und Privatisierung der S-Bahn und für den Erhalt all unserer Arbeitsplätze, aus!

[Die Ausschreibung der Berliner S-Bahn muss sofort aufgehoben werden und die Beauftragung für den S-Bahn Betrieb, in Verbindung mit dem alleinigen politischen Auftrag zur Daseinsvorsorge, an die S-Bahn Berlin GmbH erfolgen, damit diese umgehend neue Züge bestellen und die bisherigen Züge für die volle Wiederherstellung des S-Bahn Betriebes in ihren Werkstätten aufarbeiten lässt.]

Es wird Zeit für die Vertretung unserer Interessen! Ob als Steuerzahler, Fahrgäste, Beschäftigte oder Gewerkschaftsmitglieder, wenn es um unsere eigensten Interessen geht, sollten wir sie nicht in anderer Leute Hände legen, die uns ihre Interessen dann als unsere verkaufen. Wir sollten unsere Interessen selber als Betroffene mit verschiedenen Initiativen einfordern, in gezielten Aktionen erkämpfen und wenn nötig auch gemeinsam und übergreifend erstreiken!